

Rede von Willy Brandt auf dem Landesparteitag der Berliner SPD: Auszug über die europäische Einheit (8. Mai 1949)

Legende: Am 8. Mai 1949 hält Willy Brandt anlässlich des Landesparteitages der Berliner Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) eine Rede und erinnert an das historische Bekenntnis der Partei für die Gründung der Vereinigten Staaten von Europa. Er warnt davor, die Völker Osteuropas von der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den westeuropäischen Staaten auszuschließen.

Quelle: BRANDT, Willy. Programmatische Grundlagen des demokratischen Sozialismus. Berlin: Sozialdemokratische Partei Deutschlands, 1949. 19 S. p. 17-18.

Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, [s.l.].

Urheberrecht: Alle Rechte vorbehalten

URL:

http://www.cvce.eu/obj/rede_von_willy_brandt_auf_dem_landesparteitag_der_berliner_spd_auszug_uber_die_europaische_einheit_8_mai_1949-de-ab26af35-7bd0-4f98-83ae-a5d158ffee3c.html

Publication date: 03/07/2013

Programmatische Grundlagen des demokratischen Sozialismus

Rede von Willy Brandt auf dem 6. Landesparteitag der Berliner SPD am 8. Mai 1949

[...]

Im Mittelpunkt unserer Beschäftigung mit internationalen Problemen steht das Bekenntnis zur europäischen Einheit. Schon 1866 wurde im Programm des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins die Forderung nach dem „solidarischen europäischen Staat“ erhoben. Im Heidelberger Programm, auf das wir uns bei der Wiederbegründung der Partei berufen konnten, heißt es: die Sozialdemokratie trete ein „für die aus wirtschaftlichen Ursachen zwingend gewordene Schaffung der europäischen Wirtschaftseinheit, für die Bildung der Vereinigten Staaten von Europa, um damit zur Interessen-Solidarität aller Kontinente zu gelangen“. Seitdem, seit 1925, sind wir durch den Gang der Ereignisse in eindringlichster Weise daran erinnert worden, daß die Zerstückelung unseres Kontinents den Frieden bedroht und eine rationelle Ausnutzung der produktiven Möglichkeiten behindert. Das Festhalten an einem längst überholten national-staatlichen Souveränitätsbegriff ist zum Hemmnis des Fortschritts geworden. Die sich seit Kriegsende nicht zuletzt auf deutschem Boden und vor allem in Berlin abspielende Auseinandersetzung hat gezeigt, dass die rechtsstaatlichen und humanistischen Grundlagen, der abendländischen Kultur nicht nur während des zweiten Weltkrieges bedroht waren, sondern erneut einer tödlichen Gefahr ausgesetzt wurden. Auf beiden Seiten des Ozeans gelangte nun die Erkenntnis zum Durchbruch, daß die Demokratie in Europa nur bei wirtschaftlicher Gesundung gesichert und daß der Wirtschaftsaufbau nur mit den Mitteln zwischenstaatlicher Zusammenarbeit und überstaatlicher Zusammenfassung zum Erfolg werden kann. Der durch den Krieg nochmals auf die Spitze getriebene Nationalismus hinderte die europäischen Völker zunächst daran, die Folgerungen aus bitteren Erfahrungen zu ziehen. Inzwischen nimmt einiges von dem praktische Gestalt an, was die demokratischen Sozialisten seit Jahrzehnten gepredigt haben. Der Europarat ist ein erster Schritt, dem die nächsten Schritte nur folgen werden, wenn sich der Wille zur gesamteuropäischen Souveränität durchsetzt. Das neue Europa wird aber auch eine Illusion bleiben, solange ihm die Basis ausreichender wirtschaftlicher Zusammenfassung und Zusammenarbeit fehlt. Ausgehend von den ersten Ansätzen müssen für alle wichtigen Gebiete planende und lenkende Organe geschaffen und so rasch wie möglich in einem europäischen Wirtschaftsrat zusammengefaßt werden. Diese europäische Wirtschaftspolitik wird unserer Überzeugung nach, wenn sie den Interessen der breiten Massen dienen soll, von Planvorstellungen geleitet sein müssen, wie sie von den Sozialisten vertreten werden. Der demokratische Sozialismus bedeutet für Europa die einzige haltbare, positive Alternative gegenüber dem kommunistischen Totalitarismus. Die Vereinigten Staaten von Europa werden von sozialistischem Gedankengut erfüllt sein, oder sie werden nicht sein. Damit ist nicht gesagt, daß die Mitarbeit der Sozialdemokraten an den europäischen Einigungsbestrebungen an irgendwelche anderen als demokratische Voraussetzungen geknüpft ist. In der Bewegung selbst und bei den einzelnen Maßnahmen praktischer Art werden wir nachzuweisen haben, daß es sozialistischer Lösungen bedarf.

Eine politische Zusammenfassung auf der Grundlage der Menschenrechte kann sich heute noch nicht auf alle europäischen Länder erstrecken. Europapolitik muß dennoch eine Politik für ganz Europa bedeuten. Sie ist ihrem Ursprung und Wesen nach nicht militärisch bedingt und enthält keine feindliche Tendenz gegen andere Kontinente, schon gar nicht gegen eine internationale Rechtsorganisation oder Bestrebungen, die auf universelle föderative Lösungen abzielen. Eine zeitweilige und erzwungene Beschränkung der Zusammenarbeit auf die westlichen und mittleren Teile des Kontinents darf kein Abschreiben der osteuropäischen Völker bedeuten — ebenso wenig wie der wirtschaftliche und politische Zusammenschluß der westlichen Zonen für uns jemals einen Verzicht auf die gesamtdeutsche demokratische Lösung bedeutet hat.

Der Aufbau Europas ist weitgehend von amerikanischer Unterstützung abhängig. Die Europapolitik würde aber ihren Sinn verlieren, wenn sie nicht auch die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit gegenüber den USA erstrebte. Es ist ja auch das erklärte Ziel der Marshall-Hilfe, daß Europa in die Lage versetzt werden soll, sich selbst weiterhelfen zu können. Nur so kann sich Europa zu einer dritten Kraft der internationalen Politik entwickeln, den Frieden sichern helfen und Bundesgenossen in allen Teilen der Welt gewinnen. Dazu bedarf es einer über den Marshall-Plan und den Atlantikpakt hinausreichenden Konzeption

der europäischen, sozialen Demokratie.

In unserem eigenen Lande ist Europa zur Hoffnung von Millionen geworden, nachdem wir einen wahnwitzigen Nationalismus teuer bezahlen mußten. Diese Hoffnung darf nicht enttäuscht werden. Ohne den Boden der Tatsachen unter den Füßen zu verlieren, müssen wir vor allem der jungen Generation durch den Übergang vom engstirnigen Nationalismus zum europäischen Patriotismus einen Ausweg aus der Nachkriegskrise zeigen.

[...]